

führte in Ostafrika, deren Richtigkeit von so berühmten Männern wie General Smuts und General von Desmurs anerkannt ist, herabgesetzt werden soll, liegt auf der Hand. Gewisse Kreise fürchten, daß in Versailles in der Entscheidung der Kolonialfrage eine Antwort fallen könnte, die ihnen in höchstem Maße unwillkommen wäre. Um dieser Möglichkeit wenigstens für Ostafrika vorzubeugen, werden in letzter Stunde erneut Vertretungen in die Welt geschickt.

Frontbericht des tschecho-slowakischen Pressbüros.

Prag. Die Kämpfe dauern auf der ganzen Front an. Gruppe des Generals Demare: Trotz der magyarischen Verluste ist die ganze Front unverändert. Herengruppe des Generals Michelbauer: Der Feind, durch neue Kräfte verstärkt, durch drei Truppen unterstützt, versuchte durch eine Reihe von Gegenangriffen unseren Vormarsch zum Stehen zu bringen. Nördlich Altschliff griff der Feind an, wurde jedoch mit Verlusten zurückgeschlagen und von unseren Abteilungen verfolgt, die bis gegen Altschliff vordrangen. In der Gegend von Schernitz eroberten unsere Truppen nach heftigstem Kampfe die Dörfer Hronka und Banská Bregnica, wobei zwei Geschütze in unsere Hände fielen. Westlich Lemberk und östlich Ruzh gelang es den Magyaren nicht, uns das Gebiet zu entreißen, dessen wir uns in den letzten Tagen bemächtigt haben.

Im Wilsons Nachfolgerschaft.

Washington. Senator Forah ist für die Präsidentschaftswahl 1920 als Kandidat vorgesehen. Sein Programm ist: Kein dauerndes Bündnis mit Europa, keine Vermischung in europäische Angelegenheiten, sofortige Zurückziehung aller amerikanischen Truppen in Europa, völlige Rede- und Pressefreiheit.

Französisches Polizeiregiment.

Offenburg a. M. Die „Offenburger Zeitung“ berichtet über das Polizeiregiment der Franzosen im Hanauerland, daß in Eggenstein wegen unerlaubten Verlassens des besetzten Gebietes einige Einwohner empfindlich bestraft wurden. Ein Mann erhielt z. B. aus dem genannten Grunde fünf Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Die Einwohner wurden nachts aus Betten geholt und mußten sich versammeln. Wer fehlte, wurde aufgegriffen.

Generalstreik.

Gen. Gelsen wurde versucht, in Holland den Generalstreik zu erklären. — „Popolo d'Italia“ schreibt, daß die Ursache des Ausstandes mit der Besetzung der Frau Rosa Luxemburg zusammenhänge. Zwischenfälle seien nicht eingetreten. — „Secolo“ meldet, daß der Generalstreik in Rom fortlaure und daß anlässlich der Beerdigung von Rosa Luxemburg in Turin der Streik erklärt wurde. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern, wobei es einige Verwundete gegeben haben soll. Die Menge habe das Lied „Tod dem König“ gesungen. Der Streik soll heute noch andauern. Aus Carrara und anderen Orten werden ebenfalls Streiks gemeldet. In Spezia wurden von der Menge einige Geschäfte erbrochen als Protest gegen die Zensur.

Verfahren. Heute beginnt der Bergarbeiterstreik in ganz Frankreich. Die Confédération Générale du Travail hat den Kartell-Verband auf Dienstag zu einer Konferenz einberufen, um die Lage erneut zu besprechen und evtl. einen Solidaritätsstreik mit den Bergleuten zu beginnen. — Wie der „Matin“ meldet, haben die französischen Gewerkschaften in ihrer vorgestrigen Versammlung mit den italienischen Gewerkschaftsführern beschlossen, die Proklamation des Generalstreiks zu verschieben, bis auch die englischen Gewerkschaften in dieser Frage Beschlüsse gefasst haben. Eine französisch-italienische Delegation wird in allerhöchster Zeit den englischen Gewerkschaften die vorgeschlagenen Beschlüsse über den internationalen Generalstreik zur Kenntnis zu bringen. In seiner Parallel-Konferenz französischer und italienischer sozialistischer Parteiführer werden genau dieselben Beschlüsse gefasst.

Flume.

Bern. Der Nationalrat von Flume hat vorgestern Schaffung einer eigenen Militärmacht beschlossen, desgleichen die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen italienischer Lire. Hinfest soll in Flume im Namen Viktor Emanuels Recht gesprochen werden.

Die Vorgänge in Zürich.

Bern, 15. Juni. Die Kantonsregierung in Zürich hat gelegentlich der Ereignisse zum Freitag beschlossen, daß das militärische Polizeikommando aufgebaut, die Kantonal- und städtische Polizei diesem unterstellt wurde und daß die Staatsanwaltschaft gegen die Urheber der Unruhen einschreiten solle. Der Bundesrat wurde von den Ereignissen benachrichtigt. Für den Fall der Wiederholung der Vorgänge sind Maßnahmen getroffen worden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Weimar. In der heutigen Schlußtagung des Parteitages der Sozialdemokratie Deutschlands wurden die Verhandlungen über das für die Verfassung vorgesehene Räte-System zu Ende geführt. Die Vorschläge des Referenten Cohen in denen die Entwicklung der Betriebsräte zur Ständekammer vorgesehen ist, wurden mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Dagegen wurden die Vorschläge des Referenten Dr. Singhelmer in Verbindung mit dem Vorschlage Rejz-stein mit sehr großer Mehrheit angenommen. Arbeitsminister Bauer legte in einem Vortrag den Standpunkt der Regierung dar. Danach sind die Betriebsräte als Organ der Gewerkschaften zu betrachten. Es ist ausge-

schlossen, den Betriebsräten dieselben Befugnisse einzuräumen wie sie die Besitzer und Leiter der Betriebe haben. Auch bei sozialisierten Betrieben muß man eine Betriebsleitung haben, die von der Gemeinde oder vom Reich ernannt ist. Das Wahlrecht der Betriebsräte erstreckt sich hauptsächlich auf den Arbeiterstand und alle wesentlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Von jeder Anstellung ist der Betriebsrat vorher in Kenntnis zu setzen. Sie können Widerspruch erheben, wenn dadurch allgemeine wirtschaftliche Interessen des Betriebs selbst verletzt werden. Politische Betätigung und religiöse Auffassung dürfen niemals ein Grund bei der Wahlung der Anstellung sein. Der Arbeitgeber hat das Recht zur Kündigung. Der Geschäftsführer kann, wenn er sich benachteiligt fühlt, den Betriebsrat anrufen.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 17. Juni 1919

Tagesordnung für die öffentl. Sitzung des Gemeinderats am Mittwoch den 18. ds. Mon. 4 Uhr:

1. Annahme der Beschlüsse der städt. Unterbeamten, Angestellten und Beamten;
2. Einführung des Stenographienunterrichts an der Latz- und Realschule, Erhöhung des Lehrmittelfonds und Anschaffung von Schulbüchern für diese Anstalt.
3. Schaffung von Dienstämtern für die Forstverwaltung und das Stadtbauamt;
4. Verschiedene Mitteilungen und Gesuche.

Versammlung. Die freie Schreinerinnung des Doramagdeburger Magd. hielt am letzten Samstag eine Versammlung im Gasthof „Röhle“ in Magd. ab mit der Tagesordnung: Bericht über das Ergebnis des Schlichtungsausschusses am 11. Juni in Stuttgart. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung in üblicher Weise und erteilte dem Geschäftsführer Hrn. Zimmermann-Altensteig zu der Tagesordnung das Wort. Herr Zimmermann kam zuerst auf die Forderung, die der Holzarbeiterverband Zahlstelle Magd. in seiner Eingabe vom 11. Mai gestellt hat, in welcher achtstündige Arbeitszeit und Mindest- und Höchststundenlohn von 1.60 bis 1.80 verlangt wurden, ferner eine Nachzahlung vom 1. April ab pro Stunde 30 Pfennig und ab 1. Mai weiterer 10 Pf. o. Stunde. Diese Forderungen wurden bekanntlich in der Versammlung vom 14. Mai abgelehnt; der anwesende Arbeitersprecher Göttschke von Stuttgart gab sich mit diesem nicht zufrieden und beantragte diese Angelegenheit zu verweisen an den Schlichtungsausschuss nach Stuttgart, wogegen die Innung ihre Einwilligung gab. Zu den Verhandlungen wurden geladen die Mitglieder Walz und Zimmermann von Altensteig, Enslin von Eichen, Maier und Schreyer von Magd., ferner Arb. Sekr. Göttschke, der fest auf den Forderungen der Arbeiter beharrte. Nach längeren Verhandlungen konnte der Schlichtungsbericht verhandelt werden, welcher dahin lautete: Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und wöchentliche Lohnzahlung (letzte Forderungen sind längst erledigt), ferner wurde ein Mindestlohn für Leute über 18 Jahre mit 1.55, einschließlich der Feuerungszulage festgesetzt. Die Forderung der Nachzahlung für den Monat April wurde abgewiesen, für den Monat Mai soll auf die am 1. April bestehenden Löhne, die damals durchschnittlich 1.10 pro Stunde betragen, pro Stunde 40 Pf. nachgezahlt werden, da die Arbeitgeber im Monat April und Mai die Löhne wesentlich erhöht haben, kommt die Nachzahlung in wenigen Betrieben in Betracht. Dieses Ergebnis wurde von Hrn. Zimmermann in klarer Weise ausgelegt. Der Schlichtungsbericht wurde dann von der Innung angenommen nach längeren Besprechungen. Bereinigt wurde noch, da es Arbeiter gibt über 18 Jahre, die den Mindestlohn mit 1.55 nicht verdienen und wenn sie auf denselben beharren, daß diese entlassen werden sollen. Nach Behandlung einiger weniger wichtiger Gegenstände schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, daß bei ferneren Zusammenkünften die Mitglieder zahlreicher erscheinen sollen.

Sportliches. In Freudenstadt fand vorgestern ein Fußballwettkampf einer 1. Mannschaft des hiesigen Seminars gegen die 1. Mannschaft des Turnvereins Freudenstadt statt. Beide Mannschaften setzten ihr ganzes Können daran, weshalb das Spiel einen interessanten Verlauf nahm. Die Spielzeit dauerte 1 Stunde. Nach der 1. Halbzeit war die Seminarsmannschaft Freudenstadt mit 5 Ballen überlegen. Nach dem Platzwechsel neigte sich das Glück der Mannschaft Freudenstadt zu. Die 1. Mannschaft Freudenstadt überlieferten ihren Gegner in der Ballzahl erheblich. Um eine entscheidende Wendung zu ihren Gunsten herbeizuführen, raffte sich die Seminarsmannschaft zum Schluß des Spiels noch einmal auf, jedoch ohne den erwünschten Erfolg. Mit 156 zu 160 Ballen zu Gunsten Freudenstadt war das Spiel entschieden. Da beide Mannschaften miteinander und mit den unparteiischen Richtersprüchen der Schiedsrichter zufrieden waren, schloß das interessante Wettkampf mit gegenseitigen Gut Heißen auf sich und die Schiedsrichter Gauvorkand des Oberen Schwarzwaldvereins Hrn. Reallehrer Grai von Freudenstadt und Gaurvorkand Hrn. Reallehrer Jägle von Schwenningen. Zum Schluß lieferten beide Parteien den Zuschauern ein Schiedsballspiel, das ganz dazu angeht war, bei letzteren große Spannung zu erwecken und das dankbar aufgenommen wurde. Das Wettkampfspiel findet in Magd. statt.

Mängel für die Kriegsgefangenen. Nach einer Bekanntmachung der Weim. Landesbildungsstelle können die neuen Mängel für Staats-, Körperschafts- und Gemeindegemeinde und Angestellte im Außendienst nicht geliefert werden, weil das Reichsministerium diese Mängel für die

heimkehrenden Kriegsgefangenen benötigt und sein Angebot aus diesem Grunde zurückziehen mußte. Als Ersatz sind für nächsten Herbst andere Mängel in Aussicht gestellt worden.

Die Weizenanbauverträge. Die vor einiger Zeit verbreiteten Unruhen gewisser Fachkreise, daß die Welt vor einer Weizenverknappung mit Weizen stünde, werden jetzt von manchen Seiten lebhaft angefochten. Maßgebend hierfür sollen die schlechten Ernteverhältnisse in Indien sein; vor allem aber soll infolge der Verdrängung des Anbaues in den Vereinigten Staaten die Weizenmenge der Welt nicht groß genug sein, um den Weltmarktpreis erheblich unter denjenigen zu drücken, den man den Landwirten des Landes versprochen hat. Doch meint die Kölner Volkszeitung dem Ausscheiden der Lieferung aus den Schwarzmeer-Soalen und aus Indien stehen doch die gewaltig erweiterte Herausziehung anderer Haupternte zum menschlichen Verzehr gegenüber, ebenso die Vergrößerung der Anbaufläche in Westeuropa. Außerdem sind die Erträge in den Nordamerika aus der neuen Ernte Argentinien und Australien aus diesen 1919 den alten Bändern hergebehalten, doch zusammen ganz wesentlich größer, als das, was Europa selbst in ungewöhnlichen Jahren zu beziehen pflegt. Ein klares Bild von der Gestaltung des Weltmarktes im nächsten Erntejahr werde man sich erst nach Abschluß der Verhandlungen in Versailles machen können.

Künstliche Kohle. Da der Kohlenstoff selbst zu den Grundstoffen gehört, so ist der Begriff einer künstlichen Kohle eigentlich eine Unmöglichkeit. Wenn dennoch davon gesprochen wird, so kann es sich nur darum handeln, daß kohlenstoffhaltige und in gleicher Weise verwertbare Stoffe auf billige Art als Nebenprodukt eines industriellen Verfahrens gewonnen werden können. Selbstverständlich können dabei niemals große Mengen erzeugt werden, die mit den ungeheuren Massen der Kohlenlager in Wettbewerb treten würden; aber als Ausfüllung in kohlenarmen Gegenden dürfte sie wohl von erheblichem Nutzen sein. Dies Urteil wird auch auf ein Verfahren zutreffen, das jetzt nach der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ von einem norwegischen Ingenieur erfunden und exportiert worden ist. Die Zeitschrift selber, die hauptsächlich die Holzmasse für die Papierindustrie erzeugen, liefert eine Dünne von Abfällen, auf die sich bereits mehrfach die Aufmerksamkeit der Chemie gerichtet hat. Aus diesen Abfällen wird bereits Spiritus gewonnen, demnach dürfte vielleicht auch Zucker und namentlich eine künstliche Kohle die sogenannte Sulfokohle. Das Verfahren ist im ganzen einfach und bei einer Erzeugung von 25 000 Tonnen Holzmasse würde eine Fabrik im Jahre 23 000 Tonnen Kohle erhalten, deren Preis sich nach normalem Geld auf 10 Kronen, unter gewöhnlichen Verhältnissen aber nur auf 5 bis 6 Kronen für die Tonne belaufen soll. Das würde schon einen erheblichen Zuschuß an Brennstoff bedeuten, außerdem eine nicht unbedeutende Erparnis. Im südlichen Norwegen ist bereits eine Anlage zur Gewinnung dieser künstlichen Kohle in Betrieb genommen worden.

Altensteig. Bei dem am Sonntag für den hiesigen Bezirk festgesetzten Missionsspektakel, das gut besucht war, sprach Stadtpfarrer Haug die erlösenden Worte, worauf Missionar Huppenbauer Freudenstadt von seiner Tätigkeit und den Lebensbedingungen in Togo berichtete. Den Jahresbericht verlas Missionar Seger Magd., während Missionar Martin in packender Weise seine Eindrücke in Afrika den Zuhörern schilderte. Das Opfer betrug 4 352.—

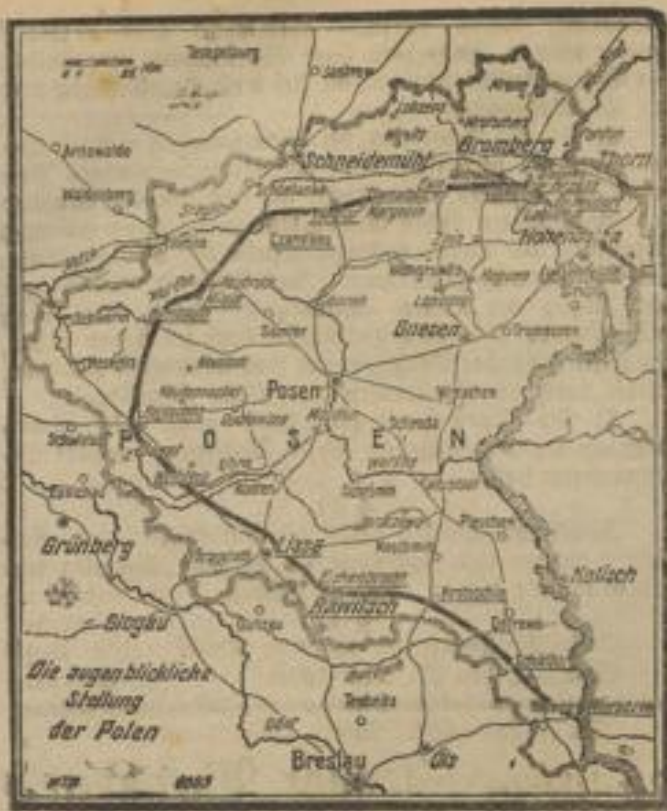
Aus dem übrigen Schwarzwaldbereich.

Die Kommunalisierung von Wirtschaftszweigen.

Stuttgart. Nach eingehenden Beratungen in dem zuständigen Unterausschuß der wirtsch. Sozialisationskommission und auf Grund der Konferenz der süddeutschen Regierungen in Stuttgart am 17. Mai hat die wirtsch. Regierung für ein Reichsgesetz über Kommunalisierung von Wirtschaftszweigen Grundzüge aufgestellt, die namentlich vom Ministerium des Innern veröffentlicht worden. Danach kann das Reichsgesetz nur die Anweisung an die Freistaaten enthalten, gewisse Bestimmungen durch entsprechende Änderungen der landesgesetzlichen Städte- und Gemeindeordnungen beim durch Ausführungsgesetz zu erlassen. Der Kreis der Wirtschaftszweige, aus denen Unternehmungen aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft überführt werden sollen, muß der einzelne Freistaat durch das Landesausführungsgesetz bestimmen. Das Reichsgesetz soll bestimmen: 1. Kraft eigenen Rechts können die Gemeinden alle oder einzelne Unternehmungen von ausschließlich auf den Gebiets- und Einwohnerkreis beschränkten Wirtschaftszweigen ihres Bezirks in ihre Gemeinwirtschaft überführen. 2. Mit Genehmigung der Landeszentral- oder Kommunalisierungsbehörden, die an Bedingungen und Vorschriften gebunden werden kann, dürfen die Gemeinden auch vorwiegend bürgerlichen Zwecken dienende Unternehmungen anderer Wirtschaftszweige bei dringendem Bedürfnis in Gemeinwirtschaft überführen. 3. Bereits in Gemeinwirtschaft überführte Unternehmungen dürfen nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde in anderer Form oder von anderer Stelle kommunalisiert werden. Die Art der Kommunalisierung muß den Gemeinden oder Gemeindeverbänden auch von der Landesgesetzgebung völlig freigestellt werden. Die Feststellung der Zuschuldungs- und Entzignungsbedingungen erfolgt durch Landesgesetz.

Landesverband für Jugendfürsorge.

Die verfassunggebende Landesversammlung wird unserem Lande eine Reihe einschneidender Beschlüsse auf sozialem Gebiete bringen. Die an der Jugendfürsorge beteiligten Kreise sehen mit besonderem Interesse dem bevorstehenden Jugend-



fürsorgegesetz entgegen. So begrüßen sie es gewiß lebhaft, daß der Landesverband für Jugendfürsorge leiner am 23. Juni stattfindenden ordentlichen Mitgliederversammlung eine öffentliche Versammlung einberuft, auf der die Frage der Jugendämter in Württemberg, die den Kern des kommenden Jugendfürsorgegesetzes bilden wird, zur Berberatung kommt, und zwar durch Herrn Regierungsrat Dr. Baum (früher Straßburg) dem Referenten für Jugendfürsorge im Ministerium des Innern.

Alle an der Frage beteiligten Kreise, besonders alle Beamten, die von Auswärtigen mit der Jugendfürsorge zu tun haben, sind zu der Versammlung eingeladen, die Beamten werden von ihren Behörden zum Besuch der Versammlung beurlaubt.

Handels- und Marktberichte.

Calw, 13. Juni. Auf dem am Mittwoch stattgehabten Schweinemarkt waren zugeführt: 312 Stück Milchschweine, die pro Paar 270—500 M. kosteten und 18 St. Käufer, von denen das Stück zwischen 300—450 M. kostete. Da der Markt anscheinend überfüllt war, blieben 170 St. un verkauft.

Für die Küche.

Anleitung zum Brotbacken aus reinem Roggenmehl für Haushaltungen.

Notige Zutaten: 10 Pfd. Roggenmehl, 150 g Sauerteig, 3/4 Liter Wasser, 50 g Salz.

Der beim Bäcker gekaufte Sauerteig (Hefe) wird mit 1/4 Liter lauwarmen Wasser möglichst fein auflöst, dann werden 400 g Mehl zugegeben. Diesen Teig läßt man mit Mehl bedeckt und gut zugedeckt in Zimmertemperatur 4 Stunden ruhen, aber nicht am Ofen oder gar auf dem Ofen. Dann gießt man 2 Liter lauwarmes Wasser dazu, verrührt den Sauerteig ebenfalls wieder möglichst fein, nimmt 5 1/2 Pfd. Mehl dazu und arbeitet diesen Vorteg tüchtig durch. Wenn er fertig ist, bestreut man ihn mit einer dünnen Schicht Mehl und drückt ihn gut zu. Dieser Vorteg wird in Zimmertemperatur noch drei Stunden genügend ruhen, was an den in der Mehldecke entstehenden Sprüngen zu erkennen ist, keinesfalls darf der Vorteg solange ruhen, bis er zusammenfällt. Zum Teigmachen werden 50 Gramm Salz in einem Liter lauwarmen Wasser aufgelöst und zu dem Vorteg gegeben und mit dem übrigen Mehl Teig gemacht. Der Teig wird gemischt fest werden; es ist dies aber erforderlich, weil bei einem zu weichen Teig die Gefahr droht, daß das Brot sich von der Rinde löst und starkig wird. Der fertige Teig bleibt eine halbe Stunde ruhen, dann werden die Laibe abgemessen und jeder Laib mit etwas Mehl tüchtig durchgewalzt, nicht bloß rund gemacht. Ist das Brot in die Rinde gefügt, so muß die Oberfläche mit Wasser befeuchtet und bis zum Einschleifen noch gehalten werden, damit das Brot nicht Risse bekommt. Das Bestreichen geschieht am besten mit der nachgemachten Hand.

Familiennachrichten.

Stadt Nagold.

Geburten: 2. Mai: Reinhold Wierke Burgwehr 1 Tochter; 3. Mai: Theodor Schmid, Apotheker 1 Tochter; 6. Mai: Paul Grieshaber, Bez. Geometer 1 Sohn; 9. Mai: Fr. Salz Schreiner 1 Tochter; 10. Mai: Jakob Klein, Schreinermeister 1 Tochter; 13. Mai: Fritz Kellholz, Schreiner 1 Tochter; 16. Mai: Wilhelm Krichen, Schreiner 1 Tochter; 28. Mai: Karl Kallisch, Bäckereimeister 1 Sohn; 29. Mai: Karl Kallisch, Gipsler 1 Tochter.

Eheschließungen: 3. Mai: Heinrich Jung, Schreiner mit Luise Späth; 10. Mai: Wilhelm Krichen, Baumwerkmeister mit Gertrud Knodel; 17. Mai: Karl Kallisch, Fab. Arbeiter mit Katharine Kallisch von Reunhausen Ode. Herzogswallert.

Sterbefälle: 11. Mai: Gottlob Graf, Pensionär 81 Jahre alt; 15. Mai: Charlotte Fehndt, Bäckerin 66 Jahre alt; 18. Mai: Emma Schwan, Schulmutter 86 Jahre alt; 25. Mai: Sara Schwan, Stadtbl. 86 Jahre alt.

Wohnstätten: Gestorben: August Balth, alt 86 Jahre alt, Schönbühlweg; Heinrich Hermann Jägermeister, alt 86 Jahre alt, Dörfer Galmers; Sebastian Schwan, alt 86 Jahre alt, Dörfer; Georg Schwan, alt 41 Jahre alt, Nagd; Theresia Wälsche, alt 86 Jahre alt, Nagd.

Letzte Nachrichten.

Versailles. Die Antwort der Entente ist gestern abend 1/6 Uhr übergeben worden; sie be-

steht aus einer handschriftlichen Denkschrift in der die abgeordneten Bedingungen verzeichnet sind, einer Manifesto und einem Ergänzungsbuch. Die deutsche Delegation soll in einer Frist von 5 Tagen erklären, ob sie gewillt sei, den Vertrag zu unterzeichnen oder nicht; auf Vorstellung der deutschen Delegation hat die Entente die Frist um 2 Tage verlängert.

Versailles. Bei der Abreise der deutschen Friedensdelegation nach Weimar wurden aus der Menge heraus Steine nach den Automobilen geworfen; verschiedene Mitglieder der Delegation wurden dadurch mehr oder weniger schwer verletzt. Die Kundgebungen der Menschenmenge dauerten den ganzen Abend an.

Weimar. Nach dem ersten Einblick in die Antwortnote läßt sich sagen, daß der Ton außerordentlich scharf gehalten ist und die deutschen Gegenentwürfe fast rundweg abgelehnt werden.

Haag. Der Pariser Korrespondent der Holländischen Nieuws meldet über die Änderungen: Bezüglich des Schadenersatzes erhält Deutschland eine Frist von 4 Monaten, die Vorschläge über einen Gesamtbeitrag der Schuld, die Zahlungsart sowie die Lieferung von Waren und Arbeitsleistung enthält. Diesen deutschen Vorschlag verpflichten sich die Alliierten innerhalb zwei Monaten zu beantworten; innerhalb 6—10 Monaten wird in den Teilen von Deutschland, welche Voten zugesprochen wurden, eine Volksabstimmung stattfinden. Über Deutschlands Zutritt zum Völkerbund wird erklärt, daß Deutschland innerhalb kurzer Zeit zugelassen werde. Die Alliierten werden sofort Verhandlungen einleiten, die auf eine Herabsetzung der Rüstungen hinarbeiten. Die Entente gewährt den deutschen Minoritäten ihren Schutz; während der Okkupation des linken Rheingebiets wird eine internationale Zollbehörde gebildet, der sämtliche militärischen Behörden unterstellt sein werden und die die Verwaltung der Okkupationsgebiete durchführt. Deutschland erhält eine Frist von 5 Tagen, bis zum 21. Juni, innerhalb welcher es seine Stellungnahme zur Note bekannt geben muß, wenn nicht, dann werden sofort militärische Maßnahmen getroffen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul Böttger, Nagold. Druck u. Verlag von G. W. Jägermann, Nagold (Hr. Böttger) Nagold.

Amthliches.

Oberamt Nagold.

Straßenreiner Sulz-Ruppigen.

Im Interesse des geordneten Fortgangs der Arbeiten am Straßenbau Sulz-Ruppigen wird der gesamte Verkehr zwischen beiden Orten mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 6 Wochen eingestellt.

Den 16. Juni 1919. M. N. J.

Die (Stadt-)Schultheißenämter

wollen umgehend hierher berichten, wie hoch das Schulgeld für den Besuch der Volksschule festgesetzt ist und wieviel die Gesamteinnahme der Gemeinde aus dem Schulgeld im letzten Rechnungsjahr betragen hat.

Den 16. Juni 1919. M. N. J.

Bekanntmachung betr. Boden in Nagold.

Die zum Schutz vor Anheftungsschloß geschlossene Wirtschaft zur „Tranche“ ist dem Verkehr wieder geöffnet, nachdem die Wohnung desinfectiert und die Bewohner mit Erfolg untersucht sind.

Nagold, den 16. Juni 1919. Oberamt: M. N. J.

Reisebrotmarken.

Mit Erlaß des Reichsministeriums der Reichsgeldbesitzer R. M. 1861 B. 22 wird bekannt gegeben, daß die alten und neuen Reisebrotmarken bis 30. Juni 1919, 36. nebeneinander in Geltung sind. Vom 1. Juli 1919 ab gelten dann nur die Marken neuen Modells.

Dem Verbraucher dürfen bis zum 30. Juni 1919 einschließlich die bisherigen Marken in neue umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni 1919 ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es ist denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenabnehmer oder sonstigen Ausweis vorlegt, inwieweit dessen er über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken anstatt mit Reichsbrotmarken zu seiner Brotversorgung versehen ist. In allen anderen Fällen sind die Antragsteller abzuweisen, und es ist ihnen zugleich zu bedeuten, daß etwaige Eingaben an die Reichsgeldbesitzerstelle zwecklos sind.

Nagold, den 16. Juni 1919. Oberamt: M. N. J.

Versorgung des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung über den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1919.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) wird verfügt:

§ 1.

Heu darf nur gegen Bezugschein ausgetauscht und abgegeben werden. Bezugscheine werden nur dem erteilt, der das Heu in seiner Wirtschaft selbst braucht. Die Ausstellung der Bezugscheine erfolgt:

1. für den Bezug im Wohnort oder in anderen Gemeinden des Wohnbezirks durch den Kommunalverband,
2. für den Bezug in anderen Oberamtsbezirken durch die Landesvermittlungsstelle.

§ 2.

Die Ausfuhr von Heu aus dem Bezirk eines Kommunalverbands ist nur mit Genehmigung des Oberamts,

in Stuttgart des Stadtschultheißenamts, zulässig. Die Genehmigung wird, soweit das Heu mit der Eisenbahn ausgeführt wird, durch Abstempelung des Frachtbills, wenn die Ausfuhr aus dem Bezirk mit der Achse erfolgt durch Ausstellung eines Beförderungscheins erteilt. Den Beförderungscheinen, der auf einen bestimmten Tag lauten muß, hat der Begleiter des Fuhrwerks, mit dem das Heu ausgeführt wird, bei sich zu führen. Bei der Beförderung von Heu auf der Eisenbahn sind nachträgliche Verbandsverfügungen des Abfahrs in allen Fällen nur zulässig, wenn sie den Stempel des Kommunalverbands tragen.

§ 3.

Über Beschwerden wegen Verweigerung der in § 2 bezeichneten Ausfuhrerlaubnis entscheidet die Landesvermittlungsstelle endgültig.

§ 4.

Die Ausfuhr von Heu aus Württemberg ist nach der Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos XII. Armeekorps vom 19. Februar 1916 (Kriegsgebl. V zum Min. Anst. S. 331), welche nach dem Aufheben des Belagerungszustandes in Wirkung geblieben ist, verboten. Ausnahmen können in besonders dringenden Fällen von der Landesvermittlungsstelle zugelassen werden.

§ 5.

Diese Verfügung tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 13. Juni 1919. Schlichter.

Unter Hinweis auf obige Verfügung werden die Schultheißenämter ersucht, diese Verfügung ungeändert ortsfest bekannt zu geben.

Nagold, den 16. Juni 1919. Oberamt: M. N. J.

Versorgung der Landesvermittlungsstelle über den Verkehr mit Kirichen.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Verordnung des Bundesrats über die Verordnungsregelung vom 25. September/4. November 1915/6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 607/728, 1916 S. 673) wird für das militärhohe Verordnungsgebiet (§ 1 der Verfügung des Ministeriums des Innern über Grundsätze, Obf. usw. vom 21. Mai 1917 (Staatsanzeiger Nr. 118) mit Genehmigung des Ernährungsministeriums verfügt:

§ 1.

Der Ankauf, Absatz und die Beförderung von Kirichen aus der Ernte 1919 unterliegt, soweit nicht die nachstehenden Bestimmungen Anwendung finden, innerhalb des militärhohe Verordnungsgebietes keiner Beschränkung.

§ 2.

Die Beförderung von Kirichen von einer Datschke zur anderen, gleichgültig in wessen Auftrag, durch wen, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln (Post, Eisenbahn, Fracht, Eil-, Expressgut, Reise- und Handgepäck, Schiff, Fuhrwerk, Traglast) die Beförderung geschieht, ist bei Mengen von mehr als 30 Pfund nur auf Grund eines gültigen Beförderungscheins zulässig.

Händler bedürfen zur Beförderung jeder Menge Kirichen eines Beförderungscheins. Die Ausstellung erfolgt nur an Händler, die zum Großhandel mit Obst zugelassen sind, doch können in geeigneten Fällen auch Kleinhändlern Beförderungscheine für geringere Mengen erteilt werden.

§ 3.

Ist ein Beförderungschein notwendig, so wird er vom Ortsvorsteher des Abgangsortes ausgestellt, wenn der Verkehr innerhalb Landes stattfindet und

- a) der Erzeuger selbstgezeugtes Obst an seinen Betriebs- oder Wohnort befördert oder die Kirichen auf einen Markt bringen will, oder
- b) der Erwerber zu den nahen Verwandten des Erzeugers (Chegatten, Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel und Geschwister) gehet und die Kirichen zur Verwendung im eigenen Haushalt erwirbt, sonst von der Landesvermittlungsstelle.

§ 4.

Bei dem Ortsvorsteher kann der Antrag auf Ausstellung eines Beförderungscheins mündlich oder schriftlich, bei der Landesvermittlungsstelle nur schriftlich gestellt werden. Er muß enthalten:

- a) Namen, Beruf und Wohnort des Empfängers,
- b) Namen, Beruf und Wohnort des etwaigen Beförderers, wenn dieser nicht zugleich der Empfänger ist,
- c) Namen, Beruf und Wohnort des bisherigen Besitzers,
- d) Menge, die abgesetzt, erworben oder befördert werden soll,
- e) beabsichtigte Beförderungsart (Post, Fracht, Eil-, Expressgut, Reisegepäck, Handgepäck, Schiff, Fuhrwerk, Traglast usw.),
- f) Empfangsort.

§ 5.

(1) Der Beförderungschein, der von einem Ortsvorsteher ausgestellt wird, hat zu lauten:

Beförderungschein

für kg Kirichen nach

oder auf den Markt in

(Nichtzutreffendes zu streichen.)

Den 1919.

(Stempel des Schultheißenamts.)

(2) Der Beförderungschein gilt drei Tage, den Tag seiner Ausstellung eingerechnet.

(3) Erzeugern, die zur Beförderung von Kirichen an ihren Betriebs- oder Wohnort einen Beförderungschein brauchen, sind auf Antrag im voraus Scheine zu den verschiedenen Sendungen auszustellen.

§ 6.

Der Beförderungschein der Landesvermittlungsstelle ist nur gültig:

